

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2013/201613]

25. FEBRUAR 2013 — Programmdekret 2013 (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — Personenbezogene Angelegenheiten

Abschnitt 1 — Gesundheit

Artikel 1 - In Kapitel I des Dekrets vom 1. Juni 2004 zur Gesundheitsförderung und medizinischen Prävention wird der folgende Artikel 1.1 eingefügt:

«Art. 1.1 - Der für das Gesundheitswesen zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann unter Einhaltung des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten und der ärztlichen Schweigepflicht personenbezogene Daten über die Gesundheit erheben und verarbeiten. Eine Datenerhebung und -verarbeitung findet ausschließlich in den Fällen statt, in denen sie für die Ausübung, die Nachverfolgung und die Auswertung der Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Gesundheitsangelegenheiten erforderlich ist.

Die Regierung legt die weiteren Bedingungen für die Erhebung und die Verarbeitung der in Absatz 1 erwähnten Daten fest.»

Art. 2 - Artikel 8 § 2 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 21. März 2005 und 25. Juni 2007, wird wie folgt ersetzt:

«§ 2 - Dem Beirat gehören mit beratender Stimme an:

1. ein Vertreter der Regierung;
2. zwei Vertreter des für Gesundheit zuständigen Fachbereichs des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. ein Vertreter des für Pädagogik zuständigen Fachbereichs des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
4. ein Vertreter des für Sport zuständigen Fachbereichs des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»

Art. 3 - In Artikel 9 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "der zuständigen Fachabteilung" durch die Wortfolge "des zuständigen Fachbereichs" ersetzt.

Abschnitt 2 — Wohnstrukturen für Senioren

Art. 4 - Artikel 1 Nummer 6 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren, die Seniorenresidenzen und über die psychiatrischen Pflegewohnheime, wird wie folgt ersetzt:

«6. Fachbereich: der für Gesundheit zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;».

Art. 5 - In Artikel 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, werden folgende Nummern 9 und 10 eingefügt:

«9. Betreuungskapazität: die Anzahl der anerkannten Plätze in einem Betreuungsangebot.

10. Standort: alle in einem Umkreis von einem Kilometer angesiedelten Einrichtungen eines Trägers.»

Art. 6 - Artikel 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. folgender § 1.1 wird eingefügt:

«§ 1.1 - Die in § 1 unter den Nummern 2, 4, 5 und 6 erwähnten Betreuungsangebote müssen zur Genehmigung oder Anerkennung bei einem Altenwohnheim oder einem Alten- und Pflegewohnheim angesiedelt sein.»

2. folgender § 1.2 wird eingefügt:

«§ 1.2 - Die gesamte Betreuungskapazität der in § 1 unter Nummer 1 und Nummer 6 erwähnten Betreuungsangebote umfasst nicht mehr als 150 Plätze an einem Standort.»

Art. 7 - Artikel 3 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird der erste Satz wie folgt ersetzt:

«Der Träger eines Betreuungsangebots oder eines psychiatrischen Pflegewohnheims beantragt in folgenden Fällen vor der vorläufigen Anerkennung bei der Regierung eine Genehmigung für:»

2. folgende Absätze 4, 5 und 6 werden eingefügt:

«Der Antrag auf Genehmigung ist beim zuständigen Fachbereich bis zum 1. Juli vollständig einzureichen.

Die Regierung entscheidet einmal jährlich zum 31. Januar des darauffolgenden Kalenderjahres über die Genehmigung von zusätzlichen Betreuungskapazitäten für neue oder bereits bestehende Betreuungsangebote.

Die Regierung legt die Form und den Inhalt des in Absatz 4 erwähnten Antrags fest.»

Art. 8 - In Kapitel II Abschnitt 1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 3.1 eingefügt:

«Art. 3.1 - Der Träger eines Betreuungsangebots kann spätestens drei Monate vor Ablauf der Genehmigung einen Antrag auf Verlängerung für eine Dauer von höchstens einem Jahr stellen.

Die Regierung trifft ihre Entscheidung über diesen Antrag auf Verlängerung binnen drei Monaten ab Erhalt des vollständigen Antrags.

Die Regierung legt die Form und den Inhalt des Antrags auf Verlängerung der Genehmigung fest.»

Art. 9 - Artikel 5 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 15. März 2010 und vom 13. Februar 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. in § 2 wird die Wortfolge "unbeschadet von Artikel 9" gestrichen;

2. in § 3 wird die Wortfolge "mit Ausnahme der Seniorenresidenzen" gestrichen.

Art. 10 - Artikel 6 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 11 - In Artikel 12 § § 1 und 2 desselben Dekrets werden die Wortfolge "der Fachabteilung" durch die Wortfolge "des Fachbereichs" ersetzt.

Art. 12 - In Artikel 13 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Betreuungsangebote und psychiatrische Pflegewohnheime" durch die Wortfolge "Betreuungsangebote, psychiatrische Pflegewohnheime und Seniorenresidenzen" ersetzt.

Art. 13 - In Artikel 14 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 16. Juni 2008 und vom 13. Februar 2012, wird nach § 2 folgender § 2.1 eingefügt:

«§ 2.1 - Falls das in Artikel 2 § 1 Nummer 1 genannte Betreuungsangebot nicht über eine Auslastung von mindestens 93% der anerkannten Betreuungskapazität, basierend auf der höchsten jährlichen Auslastung der drei abgelaufenen Jahre und beginnend zum 1. Juli eines Jahres, verfügt, wird die Differenz zwischen der 93-prozentigen Mindestauslastung und der effektiven höchsten Auslastung zum 1. Januar des Jahres, das dem Rechnungsjahr folgt, prozentual von der anerkannten Betreuungskapazität abgezogen.

Die Regierung teilt dem Träger eines Betreuungsangebotes die Absicht, einen Teil der Betreuungskapazität zu entziehen, zwei Monate vor der Aberkennung per Einschreiben mit. Dieser verfügt über eine Frist von 14 Tagen, um dazu eine Stellungnahme abzugeben.

Nach Erhalt der Stellungnahme entscheidet die Regierung innerhalb eines Monats über die Aberkennung. Dieser Beschluss wird dem Träger unverzüglich zugestellt.»

Art. 14 - In Artikel 16 desselben Dekrets wird folgender § 3 eingefügt:

«§ 3 - In Abweichung von Artikel 2 § 1.2 bleiben gemäß Artikel 3 erteilte Genehmigungen, die zum 1. Januar 2013 vorliegen, weiterhin gültig.»

Abschnitt 3 — Nicht dringender Krankentransport

Art. 15 - Die Artikel 3 und 4 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über den nicht dringenden Krankentransport werden wie folgt abgeändert:

1. In Artikel 3 § 1 wird die Wortfolge "der zuständigen Fachabteilung" durch die Wortfolge "des zuständigen Fachbereichs" ersetzt.

2. In Artikel 4 § 1 wird die Wortfolge "der zuständigen Fachabteilung" durch die Wortfolge "des zuständigen Fachbereichs" ersetzt.

Art. 16 - In den Artikeln 4 und 6 desselben Dekrets wird das Wort "Beamter" mit den entsprechenden grammatikalischen Anpassungen durch das Wort "Bediensteter" ersetzt.

Abschnitt 4 — Dienste der häuslichen Hilfe

Art. 17 - Artikel 2 Nummer 7 des Dekrets vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe und die Schaffung einer Beratungsstelle für die häusliche, teilstationäre und stationäre Hilfe wird wie folgt ersetzt:

«7. Fachbereich: der für Familie und Senioren zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;»

Art. 18 - In den Artikeln 4, 5, 7 §§ 1-2, 15 § 3, 16 §§ 1-2, 19 § 2 und 20 desselben Dekrets wird das Wort "Fachabteilung" mit den entsprechenden grammatikalischen Anpassungen durch das Wort "Fachbereich" ersetzt.

Abschnitt 5 — Jugendhilfe

Art. 19 - Artikel 1 Nummer 10 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die Jugendhilfe und zur Umsetzung von Jugendschutzmaßnahmen wird wie folgt ersetzt:

«10. Fachbereich: der für die Jugendhilfe zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»

Art. 20 - In den Artikeln 8 § 1, 21 §§ 2-4, 26 § 1, 27 Absatz 1 und 30 § 2 Nummer 4 desselben Dekrets wird das Wort "Fachabteilung" mit den entsprechenden grammatikalischen Anpassungen durch das Wort "Fachbereich" ersetzt.

Abschnitt 6 — Notaufnahmewohnungen

Art. 21 - Artikel 4 des Dekrets vom 9. Mai 1994 über Notaufnahmewohnungen wird wie folgt abgeändert:

1. in der Nummer 2, ersetzt durch das Dekret vom 15. März 2010, wird nach dem Wort "Wohnung" die Wortfolge ", die als Notaufnahmewohnung dienen soll" eingefügt;

2. in der Nummer 3 wird das Wort "alle" gestrichen.

Art. 22 - Artikel 5 Absatz 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Wenn die in Artikel 4 aufgeführten Bedingungen erfüllt sind, wird die Anerkennung für einen unbestimmten Zeitraum erteilt.»

Art. 23 - Artikel 6 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 15. März 2010, wird wie folgt ersetzt:

«Art. 6 - Wenn eine oder mehrere der in Artikel 4 festgelegten Bedingungen, die für eine Anerkennung erforderlich sind, nicht erfüllt sind, kann die Regierung die Anerkennung verweigern oder eine vorläufige Anerkennung unter Auflagen für einen begrenzten Zeitraum von höchstens drei Jahren aussprechen.

Wenn eine oder mehrere der in Artikel 4 festgelegten Bedingungen, die einer Anerkennung zugrunde lagen, nicht mehr erfüllt sind, kann die Regierung die Anerkennung entziehen oder eine Verlängerung der Anerkennung unter Auflagen für einen begrenzten Zeitraum von höchstens drei Jahren aussprechen.»

Art. 24 - In Artikel 23 desselben Dekrets wird der folgende Absatz eingefügt:

«Die Einrichtung und deren Träger ermöglichen dem Ministerium nach vorheriger Ankündigung bei Leerstand oder nach ausdrücklicher Zustimmung des Mieters die Besichtigung der Notaufnahmewohnungen. Das Ministerium führt mindestens alle drei Jahre eine Inspektion der Notaufnahmewohnungen des Trägers durch.»

Abschnitt 7 — Schuldnerberatung und Entschuldung

Art. 25 - Artikel 5 Absatz 2 des Dekrets vom 29. April 1996 über Schuldnerberatung und Entschuldung wird wie folgt ersetzt:

«Die Anerkennung erfolgt für eine unbestimmte Dauer.»

Art. 26 - Artikel 6 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 27 - In Artikel 8 desselben Dekrets wird der folgende Absatz 2 eingefügt:

«Die Schuldnerberatung ermöglicht dem Ministerium nach vorheriger Ankündigung die Besichtigung der Schuldnerberatungsstelle. Die Schuldnerberatungsstelle ermöglicht dem Ministerium jederzeit die Überprüfung der Anerkennungsbedingungen und gewährt Einsicht in alle diesbezüglichen Unterlagen.»

Art. 28 - In Artikel 11 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«Die Intervention des Entschuldungsfonds erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel in Form eines zinslosen Darlehens. Dieses Darlehen dient zur vollständigen Entschuldung aller bestehenden finanziellen Verpflichtungen, mit Ausnahme der finanziellen Verpflichtungen, die die Regierung bestimmt. Die Regierung legt die weiteren Vergabekriterien eines Darlehens des Entschuldungsfonds fest.»

Art. 29 - In dasselbe Dekret wird folgendes Kapitel III eingefügt:

«KAPITEL III — *SCHLUSSBESTIMMUNGEN*»

Artikel 15 desselben Dekrets wird in das neue Kapitel III integriert.

Im neuen Kapitel III desselben Dekrets wird folgender Artikel 16 eingefügt:

«Art. 16 - Die laufenden Anerkennungen gemäß Artikel 2, mit Ausnahme der Anerkennungen unter Auflagen, werden zum 1. März 2013 in Anerkennungen auf unbestimmte Dauer umgewandelt.»

KAPITEL 2 — Kulturelle Angelegenheiten

Abschnitt 1 — Förderung von Museen

Art. 30 - In Artikel 4 Absatz 3 Nummer 1 des Dekrets vom 7. Mai 2007 über die Förderung der Museen sowie der Veröffentlichungen im Bereich des Kulturerbes wird zwischen dem ersten und dem zweiten Satz folgender Satz eingefügt:

«Autonome Gemeinderegionen sind von der Bedingung der Abwesenheit der Gewinnerzielungsabsicht ausgenommen.»

Abschnitt 2 — Jugend

Art. 31 - In Artikel 8 des Dekrets vom 6. Dezember 2011 zur Förderung der Jugendarbeit wird die folgende Nummer 5 eingefügt:

«5. jährlich bis zum 31. März eine verschlüsselte Liste aller jungen Menschen, die am 31. Dezember des Vorjahres Mitglieder der Jugendorganisation sind, bei dem von der Regierung beauftragten Dienst einreichen.»

Art. 32 - In Artikel 14 Absatz 1 desselben Dekrets wird die folgende Nummer 7.1 eingefügt:

«7.1. das Jugendlager muss Übernachtungen vorsehen und an mindestens fünf aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden;»

Abschnitt 3 — Erwachsenenbildung

Art. 33 - In Artikel 7 Absatz 1 Nummer 3 des Dekrets vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung wird die Wortfolge "130 Tagen" durch die Wortfolge "104 Tagen" ersetzt.

Art. 34 - In Kapitel II desselben Dekrets wird folgender Artikel 7.1 eingefügt:

«Art. 7.1 - Förderzeitraum

Der Zeitraum für die Förderung einer Einrichtung der Erwachsenenbildung beginnt mit dem 1. Januar des Jahres, das dem Jahr der Erteilung der Genehmigung durch die Regierung folgt. Er umfasst vier Jahre und findet einheitlich auf alle geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung Anwendung.

Neue Anträge auf Förderung können während eines Förderzeitraums eingereicht werden. Die etwaige Förderung läuft mit Ende des einheitlichen Förderzeitraums aus.»

Art. 35 - Artikel 8 § 5 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 wird zwischen die Wortfolgen "und gilt" und "für vier Jahre" die Wortfolge "unbeschadet von Artikel 7.1 Absatz 2" eingefügt;

2. in denselben Paragraphen wird nach dem Absatz 1 folgender Absatz eingefügt:

«Nachträgliche inhaltliche Abänderungen des Konzepts sind der Regierung im Vorfeld, mit einer ausführlichen Begründung versehen, zur Genehmigung zu unterbreiten.»

3. im ehemaligen Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird die Wortfolge "des genehmigten Gesamtkonzepts" durch die Wortfolge "des einheitlichen Förderzeitraums" ersetzt sowie zwischen die Wörter "Zwischenauswertung" und "vorgenommen" die Wortfolge "des genehmigten Gesamtkonzepts" eingefügt.

Art. 36 - In Artikel 10 Absatz 3 desselben Dekrets wird zwischen die Wortfolgen "Zuschuss wird" und "mit Beginn" die Wortfolge "unbeschadet des Artikels 7.1 Absatz 2" eingefügt.

Art. 37 - In Artikel 15 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Die Regierung fordert den Zuschuss zurück" durch die Wortfolge "Die Regierung fordert den Zuschuss ganz oder teilweise zurück" ersetzt.

Art. 38 - In Kapitel III desselben Dekrets wird folgender Artikel 18.1 eingefügt:

«Art. 18.1 - Übergangsbestimmung

§ 1 - Der erste einheitliche Förderzeitraum gemäß Artikel 7.1 beginnt am 1. Januar 2014 und erstreckt sich über den Zeitraum 2014-2017.

§ 2 - Einrichtungen der Erwachsenenbildung, deren Gesamtkonzept über einen Zeitraum genehmigt wurde, der über den 1. Januar 2014 hinausgeht, werden nach Auslaufen ihrer Förderung und im Falle einer neuen Antragsgenehmigung in einen Übergangsförderzeitraum übernommen. In Abweichung von Artikel 8 §§ 3 und 4 ist für diese erneuten Antragsgenehmigungen kein vorheriges Gutachten der Fachjury erforderlich.

Der Übergangsförderungszeitraum beginnt gemäß Artikel 7.1 mit dem 1. Januar des Jahres, das dem Jahr der Erteilung der Genehmigung durch die Regierung folgt, und endet mit dem einheitlichen Förderzeitraum 2014-2017.»

Abschnitt 4 — Tourismus

Art. 39 - In Artikel 9 Absatz 2 des Dekrets vom 17. Februar 2003 über die Anerkennung und Förderung der Verschönerungsvereine, Verkehrsvereine und deren Dachverbände sowie der Informationsbüros und Infopunkte, abgeändert durch das Dekret vom 15. März 2010, wird nach dem ersten Satz folgender Satz eingefügt:

«Gemeinden können Träger von Infopunkten sein.»

KAPITEL 3 — Denkmalschutz

Art. 40 - In der Überschrift des Artikels 25 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen wird die Wortfolge "und Genehmigungspflicht" gestrichen.

Der Absatz 3 desselben Artikels wird gestrichen.

Art. 41 - In Kapitel IV Abschnitt 1 desselben Dekrets wird der folgende Artikel 25.1 eingefügt:

«Art. 25.1 - Genehmigungspflicht für Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten

§ 1 - Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten, die in das Verzeichnis der archäologischen Stätten aufgenommen sind, bedürfen der vorherigen Genehmigung durch die Regierung, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1. Es handelt sich um eine der folgenden Arbeiten:

a) Gartengestaltung;

b) Nutzung landwirtschaftlicher Flächen;

c) Bauvorhaben;

d) Parzellierungen;

e) Straßen- und Wegebauarbeiten;

f) das Verlegen von Leitungen, die der öffentlichen Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität, Wärme, der öffentlichen Abwasserentsorgung oder der Telekommunikation dienen.

2. Die Arbeiten könnten die archäologischen Güter als solche verändern, instand setzen oder beeinträchtigen.

3. Im Zuge der Bewegung des Erdreichs erfolgt eine Veränderung der Nutzung des Bodens oder des Untergrunds.

§ 2 - Anträge auf Genehmigung von Veränderungsarbeiten an archäologischen Stätten werden beim Ministerium eingereicht. Zu diesem Zweck ist das von der Regierung vorgegebene Antragsformular zu verwenden. Handelt es sich bei dem Antragsteller nicht um den Eigentümer, ist zusätzlich eine Einverständniserklärung desselben beizufügen.

Für die in § 1 unter Nummer 1 Buchstaben c) bis f) genannten Veränderungsarbeiten sind darüber hinaus Planunterlagen einzureichen.

§ 3 - Innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang des Antrags prüft das Ministerium den Antrag auf Vollständigkeit und fragt gegebenenfalls fehlende Dokumente an.

Nachdem die Vollständigkeit des Antrags bestätigt wurde, verfügt die Regierung über eine Frist von 30 Kalendertagen, um eine Entscheidung in Bezug auf die Genehmigung zu treffen. Wird innerhalb dieser Frist keine Entscheidung gefällt, gilt der Antrag als genehmigt.

Die Genehmigung legt die Bedingungen und Auflagen für die Durchführung der Arbeiten fest.

§ 4 - Binnen 30 Kalendertagen nach Erhalt der Entscheidung der Regierung kann der Antragsteller Einspruch bei der Regierung erheben. Der begründete Einspruch wird per Einschreiben eingereicht. Die Regierung verfügt über 30 Kalendertage, um diesbezüglich zu entscheiden.»

KAPITEL 4 — *Finanzen und Haushalt**Abschnitt 1 — Haushaltsordnung*

Art. 42 - In Artikel 12 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird der zweite Absatz aufgehoben.

Art. 43 - In Kapitel II desselben Dekrets wird folgender Artikel 13.1 eingefügt:

«Art. 13.1 - Festgestelltes Recht

Ein Recht gilt als festgestellt, wenn:

1. der Betrag genau bestimmt ist;
2. die Identität des Schuldners oder des Gläubigers bekannt ist;
3. die Zahlungsverpflichtung besteht und
4. ein Beleg vorliegt.»

Art. 44 - In Artikel 36 desselben Dekrets wird die Wortfolge "1. März" durch die Wortfolge "15. Februar" ersetzt.

Art. 45 - Artikel 38 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 2 Nummer 1 wird die Wortfolge "den Haushaltsausführungsrechnungen gemäß Artikel 16 und" gestrichen;

2. in Absatz 3 werden folgende Nummern 5 und 6 eingefügt:

«5. die Haushaltsausführungsrechnungen gemäß Artikel 16;

6. eine zusammenfassende Übersicht der offenen Mittelbindungen zum 31. Dezember.»

Art. 46 - In Artikel 39 § 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Die Rechnungen müssen" durch die Wortfolge "Die Rechnungslegung muss" ersetzt.

Art. 47 - Artikel 40 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. die Wortfolge "30. Juni" wird durch die Wortfolge "31. Mai" ersetzt;

2. folgender Absatz 2 wird eingefügt:

«Der Jahresabschluss der Dienste der Hauptverwaltung wird dem Rechnungshof vor dem 15. Mai des Jahres, das auf das Haushaltsjahr folgt, übermittelt.»

Art. 48 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 40.1 eingefügt:

«Art. 40.1 - Zertifizierung

Bis zum 30. September, der auf das Ende des Haushaltsjahres folgt, übermittelt der Rechnungshof dem Parlament, der Regierung und den betroffenen Einrichtungen die unter Artikel 46 beschriebene Zertifizierung der Jahresabschlüsse.»

Art. 49 - In Artikel 41 desselben Dekrets wird die Überschrift des Artikels durch die Wortfolge "Bemerkungen zur Rechnungslegung" ersetzt.

Im selben Artikel wird die Wortfolge "und die unter Artikel 46 beschriebene Zertifizierung der Konten" gestrichen.

Art. 50 - Artikel 46 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 13. Februar 2012, wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 2 wird die Wortfolge "Zertifizierung der Konten" durch die Wortfolge "Zertifizierung der Jahresabschlüsse" ersetzt;

2. nach Absatz 2 wird folgender Absatz neu eingefügt:

«Bei der Festlegung der Kontrollmodalitäten werden die Dienste der Hauptverwaltung und die Dienste mit getrennter Geschäftsführung für die Zwecke der Zertifizierung sowie für die Bemerkungen zur Rechnungslegung als eine Einheit betrachtet.»

3. im ehemaligen Absatz 3, der zu Absatz 4 wird, werden folgende Spiegelstriche eingefügt:

«- der VoG Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

- der Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

- der Medienrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft.»

Art. 51 - In Artikel 84 desselben Dekrets wird die Überschrift des Artikels durch das Wort "Jahresabschluss" ersetzt.

Derselbe Artikel wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

«Bis zum 31. März des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt, übermittelt der Rechnungspflichtige des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung dem zuständigen Minister und dem Haushaltsminister den Jahresabschluss gemäß Artikel 38.»

2. Absatz 2 wird wie folgt abgeändert:

a) im ersten Satz wird die Wortfolge "die Haushaltsausführungsrechnung, den Jahresabschluss und den Jahresbericht" durch die Wortfolge "den Jahresabschluss" ersetzt;

b) im zweiten Satz wird die Wortfolge "31. Mai" durch die Wortfolge "15. April" ersetzt.

Art. 52 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 84.1 eingefügt:

«Art. 84.1 - Jahresbericht

Bis zum 30. April des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt, übermittelt der bevollmächtigte Anweisungsbefugte des Dienstes mit getrennter Geschäftsführung dem zuständigen Minister und dem Haushaltsminister einen Jahresbericht über seine Tätigkeiten während des abgelaufenen Haushaltsjahres. Hat der Dienst mit getrennter Geschäftsführung einen Geschäftsführungsvertrag mit der Regierung abgeschlossen, enthält der Jahresbericht ebenfalls die Berichterstattung über den Stand der Ausführung dieses Geschäftsführungsvertrags.

Nach Genehmigung durch die Regierung übermittelt der Haushaltsminister den Jahresbericht dem Rechnungshof. Die Übermittlung erfolgt spätestens am 15. Mai des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt.»

Art. 53 - Artikel 85 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 54 - In Artikel 99 desselben Dekrets wird die Überschrift des Artikels durch das Wort "Jahresabschluss" ersetzt.

Derselbe Artikel wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

«Bis zum 15. April des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt, übermittelt der Rechnungspflichtige der Einrichtung öffentlichen Interesses dem Aufsichtsminister und dem Haushaltsminister den Jahresabschluss gemäß Artikel 38.»

2. Absatz 2 wird wie folgt abgeändert:

a) im ersten Satz wird die Wortfolge "die Haushaltsausführungsrechnung, den Jahresabschluss und den Jahresbericht" durch die Wortfolge "den Jahresabschluss" ersetzt;

b) im zweiten Satz wird die Wortfolge "31. Mai" durch die Wortfolge "30. April" ersetzt.

Art. 55 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 99.1 eingefügt:

«Art. 99.1 - Jahresbericht

Bis zum 15. Mai des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt, übermittelt der bevollmächtigte Anweisungsbefugte der Einrichtung öffentlichen Interesses dem Aufsichtsminister und dem Haushaltsminister einen Jahresbericht über ihre Tätigkeiten während des abgelaufenen Haushaltsjahres. Hat die Einrichtung öffentlichen Interesses einen Geschäftsführungsvertrag mit der Regierung abgeschlossen, enthält der Jahresbericht ebenfalls die Berichterstattung über den Stand der Ausführung dieses Geschäftsführungsvertrags.

Nach Genehmigung durch die Regierung übermittelt der Haushaltsminister den Jahresbericht dem Rechnungshof. Die Übermittlung erfolgt spätestens am 31. Mai des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt.»

Art. 56 - Artikel 100 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Abschnitt 2 — Einrichtungen öffentlichen Interesses

Art. 57 - Artikel 34 § 2 des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird aufgehoben.

Art. 58 - In Artikel 7 Absatz 3 des Dekrets vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007, werden die Wortfolge "der zuständigen Fachabteilung" durch die Wortfolge "des zuständigen Fachbereichs" ersetzt.

Art. 59 - Artikel 33bis desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird aufgehoben.

Art. 60 - Artikel 38bis des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird aufgehoben.

Art. 61 - Artikel 16 des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird aufgehoben.

Abschnitt 3 — Amortisierungsfonds

Art. 62 - In Artikel 1 Absatz 2 des Dekrets vom 21. Dezember 1995 zur Einrichtung eines Amortisierungsfonds in der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird die Wortfolge "gemäß Artikel 45 der durch Königlichen Erlass vom 17. Juli 1991 koordinierten Gesetzgebung über das staatliche Rechnungswesen" durch die Wortfolge "gemäß Artikel 56 des Dekrets vom 25. Mai 2009 über die Haushaltsordnung der Deutschsprachigen Gemeinschaft" ersetzt.

Art. 63 - In Artikel 2 Absatz 1 desselben Dekrets wird nach dem Wort "aufnimmt" die Wortfolge ", sowie zur Begleichung von Debetzinsen und Zinsen auf Kreditlinien" eingefügt.

Art. 64 - In Artikel 4bis Absatz 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 3. Februar 2003, wird nach dem Wort "Anleihen" die Wortfolge "sowie aus Debetzinsen und Zinsen auf Kreditlinien" eingefügt.

KAPITEL 5 — Nicht kommerzieller Sektor

Art. 65 - § 1 - Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel erhalten die soziokulturellen Einrichtungen des nicht kommerziellen Sektors unter Einhaltung der in § 2 festgelegten Bedingungen die folgenden jährlichen Zuschüsse:

1. im Jahr 2013: 214 EUR pro Vollzeitäquivalentstelle;
2. ab dem Jahr 2014: 537 EUR pro Vollzeitäquivalentstelle.

Für die Ermittlung der Anzahl Vollzeitäquivalente werden die in den Einrichtungen tätigen Personalmitglieder des Unterrichtswesens nicht berücksichtigt. Als Stichtag gilt der 1. Januar jeden Jahres.

§ 2 - Um einen Zuschuss zu erhalten, erfüllen die in § 1 erwähnten Einrichtungen die folgenden Bedingungen:

1. die Einrichtungen erhalten seitens der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der in Artikel 4 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen aufgeführten Zuständigkeiten direkt oder indirekt Zuschüsse;
2. die Einrichtungen beschäftigen Personen im Rahmen eines Arbeitsvertrags;
3. die Gehälter der bei den Einrichtungen beschäftigten Personen entsprechen mindestens den Beträgen der von der Regierung festgelegten Gehaltstabellen.

Der Zuschussempfänger übermittelt zwecks Überprüfung durch die Regierung spätestens am 31. März des der Zuschussauszahlung folgenden Jahres die entsprechenden Belege.

Die Regierung fordert einen Zuschuss ganz oder teilweise zurück, wenn der Zuschussempfänger gegen die Bestimmungen des vorliegenden Artikels verstößt.

KAPITEL 6 — *Schlussbestimmungen*

Art. 66 - Artikel 33 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2011 in Kraft.

Artikel 23 tritt mit Wirkung vom 1. Juli 2012 in Kraft.

Die Artikel 30, 31, 39, 42-64 und 65 treten mit Wirkung vom 1. Januar 2013 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 25. Februar 2013

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung
O. PAASCH

Die Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus
Frau I. WEYKMANS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
H. MOLLERS

—
Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2012-2013*

Nummerierte Dokumente: 148 (2012-2013), Nrn. 1+1E. Vorschlag + Erratum.

148 (2012-2013), Nrn. 2-5 Abänderungsvorschläge.

148 (2012-2013), Nr. 6 Bericht.

148 (2012-2013), Nr. 7 Abänderungsvorschlag zu dem vom Ausschuss angenommenen Text.

Ausführlicher Bericht: 25. Februar 2013 Nr. 49 Diskussion und Abstimmung.

—
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2013/201613]

25 FEVRIER 2013. — **Décret-programme 2013 (1)**

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Matières personnalisables*

Section 1^{re}. — Santé

Article 1^{er}. Dans le chapitre I^{er} du décret du 1^{er} juin 2004 relatif à la promotion de la santé et à la prévention médicale, il est inséré un article 1.1. rédigé comme suit :

« Art. 1.1. Le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de santé peut, moyennant le respect de la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel et du secret médical, collecter et traiter des données à caractère personnel relatives à la santé. La collecte et le traitement des données interviendront uniquement dans les cas où cela est nécessaire pour l'exercice, le suivi et l'évaluation des compétences de la Communauté germanophone en matière de santé.

Le Gouvernement fixe les autres modalités de collecte et de traitement pour les données mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 2. L'article 8, § 2, du même décret, modifié par les décrets des 21 mars 2005 et 25 juin 2007, est remplacé par ce qui suit :

« § 2. Font partie du Conseil consultatif avec voix consultative :

1° un représentant du Gouvernement;

2° deux représentants du département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de santé;

3° un représentant du département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de pédagogie;

4° un représentant du département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de sport. »

Art. 3. A l'article 9, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots "de la division compétente" sont remplacés par les mots "du département compétent".

Section 2. — Structures d'hébergement pour personnes âgées

Art. 4. L'article 1^{er}, 6°, du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées, aux résidences pour seniors et aux maisons de soins psychiatriques, est remplacé par ce qui suit :

« 6° département : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de santé; »

Art. 5. L'article 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 13 février 2012, est complété par les 9^o et 10^o rédigés comme suit :

« 9^o capacité d'accueil : le nombre de places agréées d'une offre de soins;

10^o implantation : tous les établissements d'un pouvoir organisateur implantés dans un rayon d'un kilomètre. »

Art. 6. A l'article 2 du même décret, modifié par le décret du 13 février 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1^o l'article est complété par le § 1.1 rédigé comme suit :

« § 1.1. En vue de l'autorisation ou de l'agrément, les offres de soins mentionnées au § 1^{er}, 2^o, 4^o, 5^o et 6^o, doivent être implantées dans une maison de repos pour personnes âgées ou dans une maison de repos et de soins. »

2^o l'article est complété par le § 1.2 rédigé comme suit :

« § 1.2. La capacité d'accueil totale des offres de soins mentionnées au § 1^{er}, 1^o et 6^o, ne dépasse pas 150 places par implantation. »

Art. 7. A l'article 3 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o la première phrase du premier alinéa est remplacée par la phrase suivante :

« Dans les cas suivants, le pouvoir organisateur d'une offre de soins ou d'une maison de soins psychiatriques demande, avant l'agrément provisoire, une autorisation au Gouvernement pour : »

2^o l'article est complété par les alinéas 4, 5 et 6, rédigés comme suit :

« La demande d'autorisation complète est introduite auprès du département compétent pour le 1^{er} juillet au plus tard.

Une fois par an, le 31 janvier de l'année civile suivante, le Gouvernement statue sur l'autorisation de capacités d'accueil supplémentaires pour les offres de soins, tant nouvelles qu'existantes.

Le Gouvernement fixe la forme et le contenu de la demande visée au quatrième alinéa. »

Art. 8. Dans le chapitre II, section 1^{re}, du même décret, il est inséré un article 3.1, rédigé comme suit :

« Art. 3.1. Au plus tard trois mois avant l'expiration de l'autorisation, le pouvoir organisateur d'une offre de soins peut introduire une demande de prolongation pour une durée maximale d'un an.

Le Gouvernement statue sur cette demande de prolongation dans les trois mois suivant la réception de la demande complète.

Le Gouvernement fixe la forme et le contenu de la demande de prolongation de l'autorisation. »

Art. 9. A l'article 5 du même décret, modifié par les décrets des 15 mars 2010, et 13 février 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans le § 2, les mots "Sans préjudice de l'article 9, le" sont remplacés par le mot "Le";

2^o dans le § 3, les mots "Sauf en ce qui concerne les résidences pour seniors, les" sont remplacés le mot "Les".

Art. 10. L'article 6 du même décret est abrogé.

Art. 11. A l'article 12, §§ 1^{er} et 2, du même décret, les mots "de la division" sont remplacés par les mots "du département".

Art. 12. A l'article 13, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots "offres de soins et maisons de soins psychiatriques" sont remplacés par les mots "offres de soins, maisons de soins psychiatriques et résidences pour seniors".

Art. 13. Dans l'article 14 du même décret, modifié par les décrets des 16 juin 2008 et 13 février 2012, il est inséré un § 2.1, rédigé comme suit :

« § 2.1. Si l'offre de soins mentionnée à l'article 2, § 1^{er}, 1^o, n'a pas un taux d'occupation représentant au moins 93 % de sa capacité d'accueil agréée, basé sur l'occupation annuelle la plus élevée des trois dernières années débutant au 1^{er} juillet d'une année, la différence entre les 93 % d'occupation minimale et l'occupation effective la plus élevée au 1^{er} janvier de l'année suivant l'exercice est déduite proportionnellement de la capacité d'accueil agréée.

Le Gouvernement communique au pouvoir organisateur d'une offre de soins son intention de retirer une partie de la capacité d'accueil, et ce, par recommandé envoyé deux mois avant le retrait de l'agrément. Le pouvoir organisateur dispose d'un délai de quinze jours pour faire connaître sa position.

Le Gouvernement statue sur le retrait de l'agrément dans le mois suivant la réception de la position adoptée par le pouvoir organisateur. Cette décision est notifiée sans délai à ce dernier. »

Art. 14. L'article 16 du même décret est complété par un § 3, rédigé comme suit :

« § 3. Par dérogation à l'article 2, § 1.2, les autorisations octroyées conformément à l'article 3 et existant au 1^{er} janvier 2013 restent valables. »

Section 3. — Transport non urgent de patients

Art. 15. Aux articles 3 et 4 du décret du 4 juin 2007 relatif au transport non urgent de patients, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'article 3, § 1^{er}, les mots "de la division compétente" sont remplacés par les mots "du département compétent";

2^o dans l'article 4, § 1^{er}, les mots "de la division compétente" sont remplacés par les mots "du département compétent".

Art. 16. Dans les articles 4 et 6 du même décret, le mot "fonctionnaire" est remplacé par le mot "agent" moyennant les adaptations grammaticales appropriées.

Section 4. — Services d'aide à domicile

Art. 17. L'article 2, 7^o, du décret du 16 février 2009 concernant les services d'aide à domicile et créant un bureau de consultation pour l'aide à domicile, semi-résidentielle et résidentielle est remplacé par ce qui suit :

« 7^o département : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière de famille et de personnes âgées; ».

Art. 18. Dans les articles 4, 5, 7, §§ 1^{er} et 2, 15, § 3, 16, §§ 1^{er} et 2, 19, § 2, et 20 du même décret, le mot "division" est remplacé par le mot "département" moyennant les adaptations grammaticales appropriées.

Section 5. — Aide à la jeunesse

Art. 19. L'article 1^{er}, 10^o, du décret du 19 mai 2008 relatif à l'aide à la jeunesse et visant la mise en œuvre de mesures de protection de la jeunesse est remplacé par ce qui suit :

« 10^o département : le département du Ministère de la Communauté germanophone compétent en matière d'aide à la jeunesse. »

Art. 20. Dans les articles 8, § 1^{er}, 21, §§ 2 à 4, 26, § 1^{er}, 27, alinéa 1^{er}, et 30, § 2, 4^o, du même décret, le mot "division" est remplacé par le mot "département" moyennant les adaptations grammaticales appropriées.

Section 6. — Habitations destinées à l'accueil d'urgence

Art. 21. Dans l'article 4 du décret du 9 mai 1994 relatif aux habitations destinées à l'accueil d'urgence les modifications suivantes sont apportées :

1^o le 2^o, remplacé par le décret du 15 mars 2010, est complété par les mots "qui doit servir à l'accueil d'urgence";

3^o dans le 3^o, le mot "tous" est abrogé.

Art. 22. L'article 5, alinéa 2, du même décret, est remplacé par ce qui suit :

« Lorsque les conditions mentionnées à l'article 4 sont remplies, l'agrément est accordé pour une durée indéterminée. »

Art. 23. L'article 6 du même décret, remplacé par le décret du 15 mars 2010, est remplacé par ce qui suit :

« Art. 6. Lorsqu'une ou plusieurs des conditions requises pour l'agrément, fixées à l'article 4, ne sont pas remplies, le Gouvernement peut refuser l'agrément ou accorder une agrément provisoire conditionnelle pour une période limitée de trois ans maximum.

Lorsqu'une ou plusieurs des conditions requises pour l'agrément, fixées à l'article 4, ne sont plus remplies, le Gouvernement peut retirer l'agrément ou accorder une prolongation conditionnelle de l'agrément pour une période limitée de trois ans maximum. »

Art. 24. L'article 23 du même décret est complété par un deuxième alinéa, rédigé comme suit :

« Après avertissement en cas de non occupation ou après accord formel du locataire, l'institution et son pouvoir organisateur permettent au Ministère de visiter les habitations destinées à l'accueil d'urgence. Tous les trois ans au moins, le Ministère mène une inspection des habitations destinées à l'accueil d'urgence du pouvoir organisateur. »

Section 7. — Médiation et apurement de dettes

Art. 25. L'article 5, alinéa 2, du décret du 29 avril 1996 concernant la médiation et l'apurement de dettes, est remplacé par ce qui suit :

« L'agrément est accordé pour une durée indéterminée. »

Art. 26. L'article 6 du même décret est abrogé.

Art. 27. L'article 8 du même décret est complété par un deuxième alinéa, rédigé comme suit :

« Après avertissement, la médiation de dettes permet au Ministère de visiter l'institution de médiation de dettes. L'institution de médiation de dettes permet en tout temps au Ministère de vérifier le respect des conditions d'agrément et de consulter tous les documents y relatifs. »

Art. 28. L'article 11 du même décret est complété par un deuxième alinéa, rédigé comme suit :

« L'intervention du Fonds d'apurement de dettes s'opère dans les limites des moyens budgétaires disponibles, sous forme de prêt sans intérêt. Ce prêt sert à apurer complètement tous les engagements financiers existants, à l'exception de ceux déterminés par le Gouvernement. Le Gouvernement fixe les autres modalités d'attribution d'un prêt par le fonds d'apurement de dettes. »

Art. 29. Dans le même décret, il est inséré un Chapitre III, rédigé comme suit :

« CHAPITRE III. — *Dispositions finales* »

L'article 15 du même décret est intégré dans le nouveau chapitre III.

Dans le nouveau chapitre III du même décret, il est inséré un article 16, rédigé comme suit :

« Art. 16. Au 1^{er} mars 2013, les agréments en cours octroyés conformément à l'article 2 sont, à l'exception des agréments conditionnelles, transformés en agréments à durée indéterminée. »

CHAPITRE 2. — *Matières culturelles**Section 1^{re}. — Soutien accordé aux musées*

Art. 30. Dans l'article 4, alinéa 3, 1^o, du décret du 7 mai 2007 relatif à la promotion des musées et des publications dans le domaine du patrimoine culturel, la phrase suivante est insérée entre la première et la deuxième phrases :

« La condition relative à l'absence de but lucratif ne vaut pas pour les régies communales autonomes. »

Section 2. — Jeunesse

Art. 31. L'article 8 du décret du 6 décembre 2011 visant à soutenir l'animation de jeunesse est complété par un 5^o, rédigé comme suit :

« 5^o introduisent annuellement et pour le 31 mars, auprès du service mandaté par le Gouvernement, une liste codée de tous les jeunes gens membres de l'organisation de jeunesse au 31 décembre de l'année précédente. »

Art. 32. L'article 14, alinéa 1^{er}, du même décret est complété par un 7.1, rédigé comme suit :

« 7.1 le camp de jeunes doit prévoir des nuitées et se dérouler sur au moins cinq jours consécutifs; »

Section 3. — Formation des adultes

Art. 33. Dans l'article 7, alinéa 1^{er}, 3^o, du décret du 17 novembre 2008 visant à soutenir les établissements de formation pour adultes, les mots "130 jours" sont remplacés par les mots "104 jours".

Art. 34. Dans le chapitre II du même décret, il est inséré un article 7.1, rédigé comme suit :

« Art. 7.1. Période de soutien

La période de soutien d'un établissement de formation pour adultes commence le 1^{er} janvier de l'année suivant celle où le Gouvernement a octroyé son approbation. Elle couvre quatre années et s'applique de manière uniforme à tous les établissements de formation pour adultes.

Les nouvelles demandes de soutien peuvent être introduites pendant une période de soutien. L'éventuel soutien expire au terme de la période uniforme de soutien. »

Art. 35. A l'article 8, § 5, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots ", sans préjudice de l'article 7.1, alinéa 2", sont insérés entre le mot "valable" et le mot "pour";

2^o dans le même paragraphe, il est inséré après l'alinéa 1^{er} un alinéa rédigé comme suit :

« Les modifications ultérieures portant sur le contenu du concept, accompagnées d'une justification détaillée, seront soumises à l'approbation préalable du Gouvernement. »

3^o dans l'ancien alinéa 2, qui devient l'alinéa 3, les mots "de la période uniforme de soutien" sont insérés après les mots "concept global approuvé".

Art. 36. Dans l'article 10, alinéa 3, du même décret, les mots ", sans préjudice de l'article 7.1, alinéa 2," sont insérés entre les mots "est accordé" et les mots "au début".

Art. 37. Dans l'article 15, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots "en tout ou partie" sont insérés entre les mots "le subside" et le mot "lorsque".

Art. 38. Dans le chapitre III du même décret, il est inséré un article 18.1, rédigé comme suit :

« Art. 18.1. Disposition transitoire

§ 1^{er}. La première période uniforme de soutien conformément à l'article 7.1 débute le 1^{er} janvier 2014 et couvre la période 2014-2017.

§ 2. Les établissements de formation pour adultes dont le concept global a été approuvé pour une période allant au-delà du 1^{er} janvier 2014 seront, à l'expiration de leur soutien et en cas d'approbation de leur nouvelle demande, repris dans une période transitoire de soutien. Par dérogation à l'article 8, §§ 3 et 4, l'avis préalable du jury spécial n'est pas requis pour l'approbation de ces nouvelles demandes.

La période transitoire de soutien débute, conformément à l'article 7.1, le 1^{er} janvier de l'année suivant celle où le Gouvernement a octroyé son approbation et expire en même temps que la période uniforme de soutien 2014-2017. »

Section 4. — Tourisme

Art. 39. Dans l'article 9, alinéa 2, du décret du 17 février 2003 relatif à la reconnaissance et à la promotion des comités d'embellissement, syndicats d'initiative et de leurs associations faitières, ainsi que des bureaux d'information et points d'information, modifié par le décret du 15 mars 2010, la phrase suivante est insérée après la première phrase :

« Les communes peuvent être les pouvoirs organisateurs de points d'information. »

CHAPITRE 3. — *Protection des monuments et sites*

Art. 40. Dans l'intitulé de l'article 25 du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites, ainsi qu'aux fouilles, les mots "et obligation d'autorisation" sont abrogés.

L'alinéa 3 du même article est abrogé.

Art. 41. Dans le chapitre IV, Section 1^{re}, du même décret, il est inséré un article 25.1, rédigé comme suit :

« Art. 25.1. Obligation d'autorisation pour des travaux modifiant des sites archéologiques

§ 1^{er}. Des travaux modifiant des sites archéologiques inscrits dans l'atlas nécessitent l'autorisation préalable du Gouvernement lorsque les conditions suivantes sont remplies :

1° Il s'agit un des types de travaux suivants :

a) aménagement de jardins;

b) utilisation de surfaces agricoles;

c) projets de construction;

d) lotissements;

e) travaux de voirie;

f) pose de canalisations pour la distribution publique d'eau, de gaz, d'électricité, de chaleur, pour l'élimination publique des eaux usées et pour les télécommunications;

2° Les travaux pourraient modifier, remettre en état ou endommager les biens archéologiques;

3° Les mouvements de terres entraînent une modification de l'affectation du sol ou du sous-sol.

§ 2. Les demandes d'autorisation de travaux modifiant des sites archéologiques sont introduites auprès du Ministère. Le formulaire de demande spécifié par le Gouvernement sera utilisé à cette fin. Si le requérant n'est pas le propriétaire, il joindra l'accord de ce dernier.

En outre, les plans seront annexés pour les travaux modificatifs mentionnés au § 1^{er}, 1°, c) à f).

§ 3. Dans les 15 jours calendrier suivant la réception de la demande, le Ministère examine si celle-ci est complète et demande, le cas échéant, l'envoi des documents manquants.

Après confirmation que la demande est bien complète, le Gouvernement dispose d'un délai de 30 jours calendrier pour statuer sur l'autorisation. À défaut de décision dans ce délai, la demande est réputée approuvée.

L'autorisation fixe les conditions et les obligations pour la réalisation des travaux.

§ 4. Dans les 30 jours calendrier suivant la réception de la décision prise par le Gouvernement, le requérant peut introduire un recours auprès de ce dernier. Le recours motivé est introduit par recommandé. Le Gouvernement dispose de 30 jours calendrier pour statuer. »

CHAPITRE 4. — Finances et budget

Section 1^{re}. — Règlement budgétaire

Art. 42. Dans l'article 12 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone, le deuxième alinéa est abrogé.

Art. 43. Dans le chapitre II du même décret, il est inséré un article 13.1, rédigé comme suit :

« Art. 13.1. Droits constatés

Un droit est considéré comme constaté lorsque :

1° le montant précis a été déterminé;

2° l'identité du débiteur ou du créancier est connue;

3° l'obligation de paiement existe et

4° une pièce justificative est disponible. »

Art. 44. A l'article 36, du même décret, les mots "1^{er} mars" sont remplacés par les mots "15 février".

Art. 45. A l'article 38 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, 1°, les mots "des comptes d'exécution du budget visés à l'article 16 et" sont abrogés;

2° l'alinéa 3 est complété par les 5° et 6°, rédigés comme suit :

« 5° les comptes d'exécution du budget visés à l'article 16;

6° un récapitulatif des engagements ouverts au 31 décembre. »

Art. 46. A l'article 39, § 1^{er}, du même décret, la phrase introductive est remplacée par la phrase suivante : "La reddition des comptes doit être régulière, sincère et complète et présenter une image fidèle :"

Art. 47. A l'article 40 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots "30 juin" sont remplacés par les mots "31 mai";

2° l'article est complété par un second alinéa, rédigé comme suit :

« Les comptes annuels des services de l'administration générale sont transmis à la Cour des Comptes pour le 15 mai de l'année suivant l'année budgétaire. »

Art. 48. Dans le même décret, il est inséré un article 40.1, rédigé comme suit :

« Art. 40.1. Certification

Pour le 30 septembre suivant la fin de l'année budgétaire, la Cour des comptes transmet au Parlement, au Gouvernement et aux institutions concernées la certification des comptes annuels décrite à l'article 46. »

Art. 49. L'intitulé de l'article 41 du même décret est remplacé par les mots "Remarques à propos de la reddition des comptes".

Dans le même article, les mots "et la certification des comptes décrite à l'article 46" sont abrogés.

Art. 50. A l'article 46 du même décret, modifié par le décret du 13 février 2012, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots "certification des comptes" sont remplacés par les mots "certification des comptes annuels";

2° il est inséré, après l'alinéa 2, un alinéa rédigé comme suit :

« Lors de la fixation des modalités de contrôle, les services de l'administration générale et les services à gestion séparée sont considérés comme une seule et même unité aux fins de la certification et pour les remarques relatives à la reddition des comptes. »

3° l'ancien alinéa 3, qui devient l'alinéa 4, est complété par les tirets suivants :

« - l'ASBL "Bureau de la Jeunesse de la Communauté germanophone" (Jugendbüro der Deutschsprachigen Gemeinschaft);

- le Conseil économique et social de la Communauté germanophone;

- le Conseil des médias de la Communauté germanophone. »

Art. 51. L'intitulé de l'article 84 du même décret est remplacé par les mots "Comptes annuels".

Au même article, les modifications suivantes sont apportées :

1° le premier alinéa est remplacé par ce qui suit :

« Pour le 31 mars de l'année suivant l'année budgétaire, le comptable du service à gestion séparée transmet les comptes annuels au ministre compétent et au Ministre du Budget, et ce, conformément à l'article 38. »

2° dans l'alinéa 2, les modifications suivantes sont apportées :

a) dans la première phrase, les mots "le compte d'exécution du budget, les comptes annuels et le rapport annuel" sont remplacés par les mots "les comptes annuels";

b) dans la deuxième phrase, les mots "31 mai" sont remplacés par les mots "15 avril".

Art. 52. Dans le même décret, il est inséré un article 84.1, rédigé comme suit :

« Art. 84.1. Rapport annuel

Pour le 30 avril de l'année suivant l'année budgétaire, l'ordonnateur délégué du service à gestion séparée transmet au ministre compétent et au Ministre du Budget un rapport annuel sur les activités menées au cours de l'année budgétaire écoulée. Si le service à gestion séparée a conclu un contrat de gestion avec le Gouvernement, le rapport annuel comprend également le rapport relatif à l'exécution dudit contrat.

Après approbation par le Gouvernement, le Ministre du Budget transmet le rapport annuel à la Cour des Comptes, et ce, au plus tard le 15 mai de l'année suivant l'année budgétaire. »

Art. 53. L'article 85 du même décret est abrogé.

Art. 54. L'intitulé de l'article 99 du même décret est remplacé par les mots "Comptes annuels".

Dans le même article, les modifications suivantes sont apportées :

1° le premier alinéa est remplacé par ce qui suit :

« Pour le 15 avril de l'année suivant l'année budgétaire, le comptable de l'organisme d'intérêt public transmet les comptes annuels au ministre compétent et au Ministre du Budget, et ce, conformément à l'article 38. »

2° dans l'alinéa 2, les modifications suivantes sont apportées :

a) dans la première phrase, les mots "le compte d'exécution du budget, les comptes annuels et le rapport annuel" sont remplacés par les mots "les comptes annuels";

b) dans la deuxième phrase, les mots "31 mai" sont remplacés par les mots "30 avril".

Art. 55. Dans le même décret, il est inséré un article 99.1, rédigé comme suit :

« Art. 99.1. Rapport annuel

« Pour le 15 mai de l'année suivant l'année budgétaire, l'ordonnateur délégué de l'organisme d'intérêt public transmet au ministre de tutelle et au Ministre du Budget un rapport annuel sur les activités menées au cours de l'année budgétaire écoulée. Si l'organisme d'intérêt public a conclu un contrat de gestion avec le Gouvernement, le rapport annuel comprend également le rapport relatif à l'exécution dudit contrat.

Après approbation par le Gouvernement, le Ministre du Budget transmet le rapport annuel à la Cour des Comptes, et ce, au plus tard le 31 mai de l'année suivant l'année budgétaire. »

Art. 56. L'article 100 du même décret est abrogé.

Section 2. — Organismes d'intérêt public

Art. 57. L'article 34, § 2, du décret du 27 juin 1986 relatif au Centre belge pour la Radiodiffusion-Télévision de la Communauté germanophone, remplacé par le décret du 25 mai 2009, est abrogé.

Art. 58. Dans l'article 7, alinéa 3, du décret du 19 juin 1990 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées, inséré par le décret du 25 juin 2007, les mots "de la division compétente" sont remplacés par les mots "du département compétent".

Art. 59. L'article 33bis du même décret, remplacé par le décret du 25 mai 2009, est abrogé.

Art. 60. L'article 38bis du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les P.M.E., remplacé par le décret du 25 mai 2009, est abrogé.

Art. 61. L'article 16 du décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone, remplacé par le décret du 25 mai 2009, est abrogé.

Section 3. — Fonds d'amortissement

Art. 62. Dans l'article 1^{er}, alinéa 2, du décret du 21 décembre 1995 portant création d'un Fonds d'amortissement en Communauté germanophone, les mots "au sens de l'article 45 de la législation sur la comptabilité de l'Etat, coordonnée par l'arrêté royal du 17 juillet 1991" sont remplacés par les mots "au sens de l'article 56 du décret du 25 mai 2009 relatif au règlement budgétaire de la Communauté germanophone".

Art. 63. Dans l'article 2 du même décret, l'alinéa 1^{er} est complété par les mots ", des intérêts débiteurs et des intérêts de lignes de crédit".

Art. 64. Dans l'article 4*bis*, alinéa 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 3 février 2003, les mots " des intérêts débiteurs et des intérêts de lignes de crédit" sont insérés après les mots "emprunts contractés".

CHAPITRE 5. — Secteur non marchand

Art. 65. § 1^{er}. Dans les limites des moyens budgétaires disponibles et moyennant le respect des conditions fixées au § 2, les établissements socioculturels du secteur non marchand reçoivent les subsides annuels suivants :

1° en 2013 : 214 euros par équivalent temps plein;

2° à partir de 2014 : 537 euros par équivalent temps plein.

Les membres du personnel de l'enseignement ne sont pas pris en considération pour calculer le nombre d'équivalents temps plein. Le jour de référence est le 1^{er} janvier de chaque année.

§ 2. Pour obtenir un subside, les établissements visés au § 1^{er} remplissent les conditions suivantes :

1° les établissements reçoivent des subsides, directement ou indirectement, de la Communauté germanophone dans le cadre des compétences mentionnées à l'article 4 de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles;

2° les établissements occupent des personnes dans les liens d'un contrat de travail;

3° les traitements des personnes qu'occupent les établissements correspondent au moins aux montants des échelles de traitement fixées par le Gouvernement.

En vue de l'examen par le Gouvernement, le bénéficiaire des subsides transmet les justificatifs au plus tard pour le 31 mars de l'année suivant la liquidation.

Le Gouvernement exige le remboursement en tout ou partie d'un subside lorsque le bénéficiaire du subside enfreint les dispositions du présent article.

CHAPITRE 6. — Dispositions finales

Art. 66. L'article 33 produit ses effets le 1^{er} janvier 2011.

L'article 23 produit ses effets le 1^{er} juillet 2012.

Les articles 30, 31, 39, 42 à 64 et 65 produisent leurs effets le 1^{er} janvier 2013.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 25 février 2013.

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi,
O. PAASCH

La Ministre de la Culture, des Médias et du Tourisme,
Mme I. WEYKMANS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales,
H. MOLLERS

—
Note

Session 2012-2013.

Documents parlementaires : 148 (2012-2013), n^{os} 1 + 1E. Proposition + Erratum.

148 (2012-2013), n^{os} 2-5. Propositions d'amendement.

148 (2012-2013), n^o 6. Rapport.

148 (2012-2013), n^o 7. Proposition d'amendement au texte adopté par la commission

Compte rendu intégral : 25 février 2013, n^o 49. Discussion et vote.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2013/201613]

25 FEBRUARI 2013. — Programmadecreet 2013 (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Persoonsgebonden aangelegenheden**Afdeling 1. — Gezondheid*

Artikel 1. Hoofdstuk I van het decreet van 1 juni 2004 betreffende de gezondheids promotie en inzake medische preventie wordt aangevuld met een artikel 1.1, luidende :

« Art. 1.1. Het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake gezondheid kan persoonsgegevens die de gezondheid betreffen, verzamelen en verwerken, met inachtneming van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens en met inachtneming van de medische geheimhoudingsplicht. Gegevens worden uitsluitend verzameld en verwerkt indien dit noodzakelijk is voor de uitoefening, opvolging en evaluatie van de bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap op het gebied van gezondheid.

De Regering bepaalt de nadere voorwaarden voor de verzameling en verwerking van de gegevens vermeld in het eerste lid. »

Art. 2. Artikel 8, § 2, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 21 maart 2005 en 25 juni 2007, wordt vervangen als volgt :

« § 2. Behoren tot de Adviesraad met raadgevende stem :

1° één vertegenwoordiger van de Regering;

2° twee vertegenwoordigers van het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake gezondheid;

3° één vertegenwoordiger van het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake pedagogie;

4° één vertegenwoordiger van het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake sport. »

Art. 3. In artikel 9, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "de bevoegde Afdeling" vervangen door de woorden "het bevoegde departement".

Afdeling 2. — Woonstructuren voor bejaarden

Art. 4. In artikel 1 van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden, de seniorenresidenties en de psychiatrische verzorgingstehuizen wordt de bepaling onder 6° vervangen als volgt :

« 6° departement : het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake gezondheid; »

Art. 5. Artikel 1 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 13 februari 2012, wordt aangevuld met bepalingen onder 9° en 10°, luidende :

« 9° opnamecapaciteit : aantal erkende plaatsen in een zorgaanbod;

10° vestigingsplaats : alle inrichtingen van een inrichtende macht die binnen een straal van één kilometer liggen. »

Art. 6. In artikel 2 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 13 februari 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de volgende § 1.1 wordt ingevoegd :

« § 1.1. Met het oog op de toelating of erkenning moeten de in § 1, 2°, 4°, 5° en 6°, vermelde zorgaanbiedingen bij een rustoord voor bejaarden of een rust- of verzorgingstehuis worden aangesloten. »

2° de volgende § 1.2 wordt ingevoegd :

« § 1.2. De totale opnamecapaciteit van de zorgaanbiedingen vermeld in § 1, 1° en 6°, bedraagt niet meer dan 150 plaatsen per vestigingsplaats. »

Art. 7. In artikel 3 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid wordt de eerste zin vervangen als volgt :

« De inrichtende macht van een zorgaanbod of een psychiatrisch verzorgingstehuis vraagt in de volgende gevallen, vóór de voorlopige erkenning, bij de Regering een toelating aan om : »

2° het artikel wordt aangevuld met een vierde, vijfde en zesde lid, luidende :

« De aanvraag om toelating moet volledig zijn en uiterlijk op 1 juli bij het bevoegde departement worden ingediend.

De Regering beslist eenmaal per jaar, tegen 31 januari van het daaropvolgende kalenderjaar, over de toelating van aanvullende opnamecapaciteiten voor nieuwe of reeds bestaande zorgaanbiedingen.

De Regering bepaalt de vorm en de inhoud van de aanvraag vermeld in het vierde lid. »

Art. 8. Hoofdstuk II, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een artikel 3.1, luidende :

« Art. 3.1. Tot uiterlijk drie maanden vóór het verstrijken van de toelating kan de inrichtende macht van een zorgaanbod een aanvraag indienen om de toelating voor een periode van ten hoogste één jaar te verlengen.

De Regering beslist over deze aanvraag tot verlenging binnen drie maanden na ontvangst van de volledige aanvraag.

De Regering bepaalt de vorm en de inhoud van de aanvraag tot verlenging van de toelating. »

Art. 9. In artikel 5 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 15 maart 2010 en 13 februari 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 2 worden de woorden "Onverminderd artikel 9 kent de Regering" vervangen door de woorden "De Regering kent";

2° in § 3 worden de woorden "Behalve voor de seniorenresidenties betreffen de door de Regering vastgelegde erkenningsvoorwaarden in het bijzonder:" vervangen door de woorden "De door de Regering vastgelegde erkenningsvoorwaarden betreffen in het bijzonder :".

Art. 10. Artikel 6 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 11. In artikel 12, §§ 1 en 2, van hetzelfde decreet worden de woorden "de afdeling" vervangen door de woorden "het departement".

Art. 12. In artikel 13, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "zorgaanbiedingen en psychiatrische verzorgingstehuizen" vervangen door de woorden "zorgaanbiedingen, psychiatrische verzorgingstehuizen en seniorenresidenties".

Art. 13. In artikel 14 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 16 juni 2008 en 13 februari 2012, wordt na § 2 een § 2.1 ingevoegd, luidende :

« § 2.1. Indien de in artikel 2, § 1, 1°, genoemde zorgaanbieding niet over een bezettingsgraad van minstens 93 % van de erkende opnamecapaciteit beschikt - een bezettingsgraad die berekend wordt op basis van de hoogste jaarlijkse bezettingsgraad tijdens de drie afgelopen jaren te rekenen vanaf 1 juli van een jaar - wordt het verschil tussen de minimale bezettingsgraad van 93 % en de werkelijke hoogste bezettingsgraad op 1 januari van het jaar volgend op het begrotingsjaar procentueel van de erkende opnamecapaciteit afgetrokken.

De Regering deelt de inrichtende macht van een zorgaanbieding twee maanden van te voren per aangetekende brief mee dat ze van plan is om een deel van de opnamecapaciteit in te trekken. De inrichtende macht beschikt over een termijn van veertien dagen om haar standpunt daaromtrent mee te delen.

Binnen een maand na ontvangst van het standpunt beslist de Regering of een deel van de opnamecapaciteit al dan niet wordt ingetrokken. Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de inrichtende macht. »

Art. 14. Artikel 16 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een § 3, luidende :

« § 3. In afwijking van artikel 2, § 1.2, blijven toelatingen die overeenkomstig artikel 3 zijn toegekend en die op 1 januari 2013 voorliggen, geldig. »

Afdeling 3. — Niet-dringend ziekenvervoer

Art. 15. In de artikelen 3 en 4 van het decreet van 4 juni 2007 betreffende het niet-dringend ziekenvervoer worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in artikel 3, § 1, worden de woorden "de bevoegde afdeling" vervangen door de woorden "het bevoegde departement".

2° in artikel 4, § 1, worden de woorden "de bevoegde afdeling" vervangen door de woorden "het bevoegde departement".

Art. 16. In artikel 4, § 1, van hetzelfde decreet worden de woorden "de door de Regering aangewezen ambtenaar" vervangen door de woorden "het door de Regering aangewezen personeelslid" en wordt het woord "ambtenaar" vervangen door het woord "personeelslid"; in artikel 4, §§ 2 en 3, van hetzelfde decreet worden de woorden "de ambtenaar" telkens vervangen door de woorden "het personeelslid" en in artikel 6 van hetzelfde decreet wordt het woord "ambtenaren" telkens vervangen door het woord "personeelsleden".

Afdeling 4. — Thuishulpdiensten

Art. 17. In artikel 2 van het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten en houdende oprichting van een consultatiebureau voor thuishulp, transmurale en stationaire hulp wordt de bepaling onder 7° vervangen als volgt :

« 7° departement : het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake Gezin en Bejaarden; »

Art. 18. In de artikelen 4, 5, 7 §§ 1 en 2, 15, § 3, 16, §§ 1 en 2, 19, § 2 en 20 van hetzelfde decreet worden de woorden "de afdeling" telkens vervangen door de woorden "het departement".

Afdeling 5. — Jeugdbijstand

Art. 19. In artikel 1 van het decreet van 19 mei 2008 over de jeugdbijstand en houdende omzetting van maatregelen inzake jeugdbescherming wordt de bepaling onder 10° vervangen als volgt :

« 10° departement : het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd inzake jeugdbijstand. »

Art. 20. In de artikelen 8, § 1, 21 §§ 2 tot 4, 26 § 1, 27, eerste lid, en 30, § 2, 4°, van hetzelfde decreet worden de woorden "de Afdeling" telkens vervangen door de woorden "het departement".

Afdeling 6. — Noodopvangwoningen

Art. 21. In artikel 4 van het decreet van 9 mei 1994 betreffende de noodopvangwoningen worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de bepaling onder 2°, vervangen bij het decreet van 15 maart 2010, wordt aangevuld met de woorden "die als noodopvangwoning moet dienen";

2° de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt : "3° de inrichting moet personen in noodtoestand opnemen, zonder onderscheiding van herkomst, ras of ideologische of politieke overtuiging;"

Art. 22. Artikel 5, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Indien aan de in artikel 4 vermelde voorwaarden is voldaan, wordt de erkenning voor onbepaalde tijd toegekend. »

Art. 23. Artikel 6 van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 15 maart 2010, wordt vervangen als volgt :

« Art. 6. Indien niet voldaan is aan één of meer van de in artikel 4 opgelegde voorwaarden die voor een erkenning noodzakelijk zijn, kan de Regering de erkenning weigeren of een voorwaardelijke voorlopige erkenning voor een beperkte termijn van ten hoogste drie jaar toekennen.

Indien niet meer voldaan wordt aan één of meer van de in artikel 4 opgelegde voorwaarden die de basis van een erkenning vormen, kan de Regering de erkenning intrekken of een voorwaardelijke verlenging van de erkenning voor een beperkte termijn van ten hoogste drie jaar toekennen. »

Art. 24. Artikel 23 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een lid, luidende :

« De inrichting en haar inrichtende macht bieden het Ministerie de mogelijkheid om de noodopvangwoningen te bezichtigen, na voorafgaande aankondiging indien de woningen leegstaan of na uitdrukkelijke toestemming van de huurder. Het Ministerie inspecteert de noodopvangwoningen van de inrichtende macht ten minste één keer om de drie jaar. »

Afdeling 7. — Schuldbemiddeling en afbetaling van schulden

Art. 25. Artikel 5, tweede lid, van het decreet van 29 april 1996 betreffende de schuldbemiddeling en de afbetaling van schulden wordt vervangen als volgt :

« De erkenning wordt voor onbepaalde duur verleend. »

Art. 26. Artikel 6 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 27. Artikel 8 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« De instelling voor schuldbemiddeling biedt het Ministerie de mogelijkheid om de instelling na voorafgaande aankondiging te bezichtigen. De instelling voor schuldbemiddeling biedt het Ministerie de mogelijkheid om de erkenningsvoorwaarden te allen tijde te controleren en alle daarop betrekking hebbende documenten in te zien. »

Art. 28. Artikel 11 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« De tegemoetkoming van het Fonds voor afbetaling van schulden geschiedt binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen in de vorm van een renteloze lening. Die lening dient om alle bestaande schulden volledig af te betalen, met uitzondering van de financiële verplichtingen die de Regering bepaalt. De Regering bepaalt de nadere criteria op basis waarvan het Fonds voor afbetaling van schulden een lening verstrekt. »

Art. 29. In hetzelfde decreet wordt een hoofdstuk III ingevoegd, luidende :

« HOOFDSTUK III. — *SLOTBEPALINGEN* »

Artikel 15 van hetzelfde decreet wordt in het nieuwe hoofdstuk III opgenomen.

In het nieuwe hoofdstuk III van hetzelfde decreet wordt een artikel 16 ingevoegd, luidende :

« Art. 16. De lopende erkenningen die overeenkomstig artikel 2 zijn verleend, met uitzondering van de voorwaardelijke erkenningen, worden op 1 maart 2013 omgezet in erkenningen van onbepaalde duur. »

HOOFDSTUK 2. — Culturele aangelegenheden

Afdeling 1. — Ondersteuning van musea

Art. 30. In artikel 4, derde lid, 1°, van het decreet van 7 mei 2007 over de bevordering van de musea en van de cultureel-erfgoedpublicaties wordt tussen de eerste en de tweede zin een nieuwe zin ingevoegd, luidende :

« de voorwaarde "zonder winstgevend doel zijn" geldt niet voor autonome gemeentebedrijven; »

Afdeling 2. — Jeugd

Art. 31. Artikel 8 van het decreet van 6 december 2011 ter ondersteuning van het jeugdwerk wordt aangevuld met een bepaling onder 5°, luidende :

« 5° bij de door de Regering aangewezen dienst jaarlijks, uiterlijk op 31 maart, een gecodeerde lijst indienen van alle jonge mensen die op 31 december van het voorgaande jaar lid van de jeugdorganisatie waren. »

Art. 32. Artikel 14, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een bepaling onder 7.1, luidende :

« 7.1 het jeugdkamp moet in overnachting voorzien en minstens vijf opeenvolgende dagen duren; »

Afdeling 3. — Volwassenenvorming

Art. 33. In artikel 7, eerste lid, 3°, van het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs worden de woorden "130 dagen" vervangen door de woorden "104 dagen".

Art. 34. In hoofdstuk II van hetzelfde decreet wordt een artikel 7.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 7.1. Ondersteuningsperiode

De periode waarin een instelling voor volwassenenonderwijs ondersteund wordt, begint op 1 januari van het jaar dat volgt op het jaar waarin de Regering haar goedkeuring heeft gegeven. De ondersteuningsperiode bedraagt vier jaar en wordt eenvormig op alle ondersteunde instellingen voor volwassenenonderwijs toegepast.

Nieuwe ondersteuningsaanvragen kunnen tijdens een ondersteuningsperiode worden ingediend. De ondersteuning loopt op het einde van de eenvormige ondersteuningsperiode af. »

Art. 35. In artikel 8, § 5, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden tussen de woorden "en geldt" en de woorden "voor vier jaar" de woorden ", onverminderd artikel 7.1, tweede lid," ingevoegd;

2° in dezelfde paragraaf wordt na het eerste lid het volgende lid ingevoegd :

« Indien het concept achteraf inhoudelijk wordt gewijzigd, moeten die wijzigingen vooraf en uitvoerig gemotiveerd ter goedkeuring worden voorgelegd aan de Regering. »

3° het vroegere tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt vervangen als volgt :

« Als twee jaar van de eenvormige ondersteuningsperiode verstreken zijn, wordt het goedgekeurd globaal concept aan een tussentijdse evaluatie onderworpen. Deze dient als basis om het volgend globaal concept uit te werken. »

Art. 36. In artikel 10, derde lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "De jaarlijkse forfaitaire toelage wordt bij het begin van de geldigheidsperiode" vervangen door de woorden "Onverminderd artikel 7.1, tweede lid, wordt de jaarlijkse forfaitaire toelage bij het begin van de geldigheidsperiode".

Art. 37. In artikel 15, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "De Regering vordert de toelage terug" vervangen door de woorden "De Regering vordert de toelage geheel of gedeeltelijk terug".

Art. 38. In hoofdstuk III van hetzelfde decreet wordt een artikel 18.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 18.1. Overgangsbepaling

§ 1. De eerste eenvormige ondersteuningsperiode overeenkomstig artikel 7.1 begint op 1 januari 2014 en dekt de periode 2014-2017.

§ 2. Instellingen voor volwassenenonderwijs waarvan het globaal concept goedgekeurd werd voor een periode die na 1 januari 2014 doorloopt, worden, nadat hun ondersteuning is afgelopen en indien een nieuwe aanvraag is goedgekeurd, overgenomen in een overgangperiode voor de ondersteuning. In afwijking van artikel 8, §§ 3 en 4, hoeft voor die verlengingen geen voorafgaand advies van de vakjury te worden ingewonnen.

De overgangperiode voor de ondersteuning begint overeenkomstig artikel 7.1 op 1 januari van het jaar dat volgt op het jaar waarin de Regering haar goedkeuring heeft gegeven en eindigt met de eenvormige ondersteuningsperiode 2014-2017. »

Afdeling 4. — Toerisme

Art. 39. In artikel 9, tweede lid, van het decreet van 17 februari 2003 betreffende de erkenning en bevordering van de verfraaiingscomités, verenigingen voor het vreemdelingenverkeer en van de koepelverenigingen ervan, alsmede van de informatiebureaus en informatiepunten, gewijzigd bij het decreet van 15 maart 2010, wordt na de eerste zin de volgende zin ingevoegd :

« Gemeenten kunnen de inrichtende machten van informatiepunten zijn. »

HOOFDSTUK 3. — Monumentenzorg

Art. 40. In het opschrift van artikel 25 van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en landschappen en betreffende de opgravingen worden de woorden "en vergunningsplicht" opgeheven.

Het derde lid van hetzelfde artikel wordt opgeheven.

Art. 41. In hoofdstuk IV, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt een artikel 25.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 25.1. Vergunningsplicht voor veranderingswerken op archeologische vindplaatsen

§ 1. Voor veranderingswerken aan archeologische vindplaatsen opgenomen in de inventaris is een voorafgaande vergunning van de Regering vereist. Aan die vergunning zijn de volgende voorwaarden verbonden :

1° het gaat om één van de volgende werkzaamheden :

a) tuinaanleg;

b) gebruik van landbouwgrond;

c) bouwprojecten;

d) indelingen in percelen;

e) wegwerkzaamheden en wegenbouw;

f) het leggen van leidingen voor de openbare distributie van water, gas, elektriciteit en warmte, voor de openbare riolering of voor telecommunicatie.

2° de werken kunnen de archeologische goederen wijzigen, herstellen of beschadigen;

3° als gevolg van de groundbeweging wordt het gebruik van de bodem of de ondergrond gewijzigd.

§ 2. Aanvragen om goedkeuring van veranderingswerken op archeologische vindplaatsen worden bij het Ministerie ingediend. Daartoe wordt het door de Regering vastgelegde aanvraagformulier gebruikt. Indien de aanvrager niet de eigenaar is, dan voegt hij een akkoordverklaring van de eigenaar bij zijn aanvraag.

Voor de werkzaamheden vermeld in § 1, 1°, c) tot f), moeten bovendien de plannen worden ingediend.

§ 3. Binnen vijftien kalenderdagen nadat de aanvraag is ingekomen, controleert het Ministerie of de aanvraag volledig is en vraagt het zo nodig om de ontbrekende documenten toe te zenden.

Zodra de volledigheid van de aanvraag bevestigd is, beschikt de Regering over een termijn van dertig kalenderdagen om een beslissing te nemen. Indien binnen die termijn geen beslissing is genomen, wordt de vergunning geacht te zijn toegekend.

De vergunning bepaalt de voorwaarden en vereisten voor de uitvoering van de werken.

§ 4. Binnen dertig kalenderdagen na de ontvangst van de beslissing van de Regering kan de aanvrager beroep instellen bij de Regering. Het met redenen omklede beroep wordt per aangetekend schrijven ingesteld. De Regering beschikt over dertig kalenderdagen om uitspraak te doen over het beroep. »

HOOFDSTUK 4. — *Financiën en begroting**Afdeling 1. — Financieel reglement*

Art. 42. In artikel 12 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap wordt het tweede lid opgeheven.

Art. 43. In hoofdstuk II van hetzelfde decreet wordt een artikel 13.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 13.1 - Vastgesteld recht

Een recht geldt als vastgesteld wanneer :

1° het bedrag precies is bepaald;

2° de identiteit van de schuldenaar of de schuldeiser bekend is;

3° de betalingsverplichting bestaat en

4° een verantwoordingsstuk beschikbaar is. »

Art. 44. In artikel 36 van hetzelfde decreet worden de woorden "1 maart" vervangen door de woorden "15 februari".

Art. 45. In artikel 38 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het tweede lid, 1°, worden de woorden "de uitvoeringsrekening van de begroting overeenkomstig artikel 16 en" opgeheven;

2° het derde lid wordt aangevuld met bepalingen onder 5° en 6°, luidende :

« 5° de uitvoeringsrekeningen overeenkomstig artikel 16;

6° een samenvattend overzicht van de vastleggingen die op 31 december openstaan. »

Art. 46. In artikel 39, § 1, van hetzelfde decreet worden de woorden "De rekeningen moeten" vervangen door de woorden "De rekeningaflegging moet".

Art. 47. In artikel 40 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de woorden "30 juni" worden vervangen door de woorden "31 mei";

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« De jaarrekening van de diensten van het hoofdbestuur wordt vóór 15 mei van het jaar dat op het begrotingsjaar volgt, toegezonden aan het Rekenhof. »

Art. 48. In hetzelfde decreet wordt een artikel 40.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 40.1. Certificering

Uiterlijk op de 30ste september die volgt op het einde van het begrotingsjaar zendt het Rekenhof de in artikel 46 beschreven certificering van de jaarrekeningen toe aan het Parlement, aan de Regering en aan de betreffende instellingen. »

Art. 49. In artikel 41 van hetzelfde decreet wordt het opschrift van het artikel vervangen als volgt :

« Opmerkingen bij de rekeningaflegging ».

In hetzelfde artikel worden de woorden "en de in artikel 46 beschreven certificering" opgeheven.

Art. 50. In artikel 46 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 13 februari 2012, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het tweede lid worden de woorden "certificering van de rekeningen" vervangen door de woorden "certificering van de jaarrekeningen";

2° na het tweede lid wordt een nieuw lid ingevoegd, luidende :

« Bij het vaststellen van de controlemodaliteiten worden de diensten van het hoofdbestuur en de diensten met afzonderlijk beheer voor de certificering en voor de opmerkingen bij de rekeningaflegging als een eenheid beschouwd. »

3° het vroegere derde lid, dat het vierde lid wordt, wordt aangevuld als volgt :

« - de VZW Jeugdbureau van de Duitstalige Gemeenschap;

- de Sociaal-Economische Raad van de Duitstalige Gemeenschap;

- de Mediaraad van de Duitstalige Gemeenschap. »

Art. 51. In artikel 84 van hetzelfde decreet wordt het opschrift van het artikel vervangen als volgt : "Jaarrekening".

In hetzelfde artikel worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt :

« Uiterlijk op 31 maart van het jaar dat op het begrotingsjaar volgt, zendt de rekenplichtige van de dienst met afzonderlijk beheer de jaarrekening overeenkomstig artikel 38 toe aan de bevoegde minister en aan de Minister van Begroting. »

2° in het tweede lid worden de volgende wijzigingen aangebracht :

a) in de eerste zin worden de woorden "de uitvoeringsrekening van de begroting, de jaarrekening en het jaarverslag" vervangen door de woorden "de jaarrekening";

b) in de tweede zin worden de woorden "31 mei" vervangen door de woorden "15 april".

Art. 52. In hetzelfde decreet wordt een artikel 84.1. ingevoegd, luidende :

« Art. 84.1. Jaarverslag

Uiterlijk op 30 april van het jaar dat op het begrotingsjaar volgt, zendt de gedelegeerde ordonnateur van de dienst met afzonderlijk beheer een jaarverslag over zijn activiteiten tijdens het afgelopen begrotingsjaar toe aan de bevoegde minister en aan de Minister van begroting. Indien de dienst met afzonderlijk beheer een beheerscontract met de Regering heeft gesloten, bevat het jaarverslag ook een beschrijving van de situatie qua uitvoering van dit beheerscontract.

Na goedkeuring door de Regering zendt de Minister van begroting het jaarverslag toe aan het Rekenhof. Deze toezending heeft uiterlijk plaats op 15 mei van het jaar dat op het begrotingsjaar volgt. »

Art. 53. Artikel 85 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 54. In artikel 99 van hetzelfde decreet wordt het opschrift van het artikel vervangen als volgt : "Jaarrekening".

In hetzelfde artikel worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt :

« Uiterlijk op 15 april van het jaar dat op het begrotingsjaar volgt, zendt de rekenplichtige van de instelling van openbaar nut de jaarrekening overeenkomstig artikel 38 toe aan de toezichthoudende minister en aan de Minister van begroting. »

2° in het tweede lid worden de volgende wijzigingen aangebracht :

a) in de eerste zin worden de woorden "de uitvoeringsrekening van de begroting, de jaarrekening en het jaarverslag" vervangen door de woorden "de jaarrekening";

b) in de tweede zin worden de woorden "31 mei" vervangen door de woorden "30 april".

Art. 55. In hetzelfde decreet wordt een artikel 99.1. ingevoegd, luidende :

« Art. 99.1. Jaarverslag

Uiterlijk op 15 mei van het jaar dat op het begrotingsjaar volgt, zendt de gedelegeerde ordonnateur van de instelling van openbaar nut een jaarverslag over de activiteiten tijdens het afgelopen begrotingsjaar toe aan de toezichthoudende minister en aan de Minister van begroting. Indien de instelling van openbaar nut een beheerscontract met de Regering heeft gesloten, bevat het jaarverslag ook een beschrijving van de situatie qua uitvoering van dit beheerscontract.

Na goedkeuring door de Regering zendt de Minister van Begroting het jaarverslag toe aan het Rekenhof. Deze toezending heeft uiterlijk plaats op 31 mei van het jaar dat op het begrotingsjaar volgt. »

Art. 56. Artikel 100 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Afdeling 2. — Instellingen van openbaar nut

Art. 57. Artikel 34, § 2, van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, vervangen bij het decreet van 25 mei 2009, wordt opgeheven.

Art. 58. In artikel 7, derde lid, van het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een "Dienststelle der Deutschsprachige Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung" (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap), ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007, worden de woorden "de bevoegde afdeling" vervangen door de woorden "het bevoegde departement".

Art. 59. Artikel 33bis van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 25 mei 2009, wordt opgeheven.

Art. 60. Artikel 38bis van het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s, vervangen bij het decreet van 25 mei 2009, wordt opgeheven.

Art. 61. Artikel 16 van het decreet van 17 januari 2000 tot oprichting van een dienst voor arbeidsbemiddeling in de Duitstalige Gemeenschap, vervangen bij het decreet van 25 mei 2009, wordt opgeheven.

Afdeling 3. — Afschrijvingsfonds

Art. 62. In artikel 1, tweede lid, van het decreet van 21 december 1995 houdende oprichting van een afschrijvingsfonds in de Duitstalige Gemeenschap worden de woorden "in de zin van artikel 45 van de wetgeving op de Rijkscomptabiliteit, gecoördineerd door het koninklijk besluit van 17 juli 1991" vervangen door de woorden "in de zin van artikel 56 van het decreet van 25 mei 2009 houdende het financieel reglement van de Duitstalige Gemeenschap".

Art. 63. Artikel 2, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Het Fonds dient om de door de Duitstalige Gemeenschap aangegane leningen af te betalen, alsook om debetrente en rente op kredietlijnen te betalen. »

Art. 64. Artikel 4bis, eerste lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 3 februari 2003, wordt vervangen als volgt :

« De uitgaven van het afschrijvingsfonds bestaan uit de jaarlijkse terugbetalingen van kapitaal en intresten van de aangegane leningen, alsook uit de jaarlijkse betalingen van debetrente en rente op kredietlijnen. »

HOOFDSTUK 5. — *Niet-commerciële sector*

Art. 65. § 1. Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en met inachtneming van de voorwaarden vermeld in § 2, ontvangen de socioculturele instellingen uit de niet-commerciële sector de volgende jaarlijkse subsidies :

1° in 2013 : 214 euro per voltijds equivalente betrekking;

2° vanaf 2014 : 537 euro per voltijds equivalente betrekking.

Voor de berekening van het aantal voltijdse equivalenten worden de personeelsleden van het onderwijs die in de instellingen werkzaam zijn, niet in aanmerking genomen. Als teldag geldt elk jaar 1 januari.

§ 2. Om subsidie te ontvangen, moeten de in § 1 vermelde instellingen aan de volgende voorwaarden voldoen :

1° de instellingen ontvangen direct of indirect subsidies van de Duitstalige Gemeenschap in het kader van de bevoegdheden vermeld in artikel 4 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen;

2° de instellingen hebben personen in dienst die op basis van een arbeidsovereenkomst werken;

3° de wedden van de personen die bij de instellingen in dienst zijn, stemmen minstens overeen met de bedragen van de door de Regering vastgestelde weddeschalen.

De subsidieontvanger zendt de overeenkomstige bewijsstukken ter controle toe aan de Regering en dit uiterlijk op 31 maart van het jaar dat op de uitbetaling van de subsidie volgt.

De Regering vordert een subsidie geheel of gedeeltelijk terug wanneer de ontvanger van de subsidie de bepalingen van dit artikel overtreedt.

HOOFDSTUK 6. — *Slotbepalingen*

Art. 66. Artikel 33 heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2011.

Artikel 23 heeft uitwerking met ingang van 1 juli 2012.

De artikelen 30, 31, 39, 42 tot 64 en 65 hebben uitwerking met ingang van 1 januari 2013.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 25 februari 2013.

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen,
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid,
O. PAASCH

De Minister van Cultuur, Media en Toerisme,
Mevr. I. WEYKMANS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
H. MOLLERS

—
Nota

Zitting 2012-2013.

Parlementaire stukken : 148 (2012-2013), nr. 1+1E. Voorstel + Erratum.

148 (2012-2013), nr. 2-5. Voorstellen tot wijziging.

148 (2012-2013), nr. 6. Verslag.

148 (2012-2013), nr. 7. Voorstel tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst.

Integraal verslag : 25 februari 2013, nr. 49. Bespreking en aanneming.